

Die Teilzeitarbeitnehmer mit Einkommensgarantieunterstützung in Gefahr größerer Verarmung!

Marie GREFFE, Form' Action André Renard

Ein Artikel der Online-Zeitschrift www.dautresreperes.be

Laut der letzten Studie von Eurostat waren 2016 etwa 117,5 Millionen Menschen, also 23,4% der Bevölkerung in der europäischen Union von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Situation zeigt, dass fast ein Viertel der europäischen Bevölkerung entweder nach den Sozialtransfers Armut riskierte¹; oder in einer Situation starker materieller Entbehrungen lebten; oder in Haushalten lebten mit sehr schwacher Arbeitsintensität. Selbst wenn diese Zahl alarmierend bleibt, so scheint es, dass seit drei Jahren der Anteil der Personen die von Armut oder sozialem Ausschluss bedroht sind doch sinkt (25% in 2012). Zur Erinnerung, diese Entwicklung in die richtige Richtung ist einer der Punkte der Strategie Europa 2020.

Wenn Länder wie Bulgarien (40,4%), Rumänien (38,8%) oder auch Griechenland (35,6%) noch sehr hohe Zahlen betreffend Armut und sozialer Ausgrenzung aufweisen, stehen andere Länder wie die tschechische Republik (13,3%), Finnland (16,6%) oder Dänemark (16,7%) viel besser da. In Belgien beträgt das Risiko 20,7% (Zahlen 2016) gegen 20,8% in 2008, also 2,335 Millionen Menschen gegen 2,194 Millionen in 2008.

Analysiert man die Zahlen in die Tiefe, schätzt man also, dass 17,2% der Bevölkerung der europäischen Union in 2016 (gegen 17,3% in 2015) in einem Zustand der geldlichen Bedrohung leben, das heißt, dass sie ein Armutsrisiko liefen, nach Berücksichtigung der Sozialtransfers (also verfügbare Einkommen unter dem nationalen Schwellenwert des Armutsrisikos). Letztes Jahr belief sich die Quote auf 15,5%.

Man kann sagen, dass jeder 5. Belgier heute am Rand der Armut lebt, oder auch dass die 2,335 Millionen Belgier von Armut bedroht sind.

Was die schwere materielle Entbehrung betrifft, sieht man, dass in 2016 7,5% der Bevölkerung der europäischen Union (gegen 8,1% in 2015) in dieser Situation waren, das heißt, dass ihre Lebensbedingungen begrenzt waren durch einen Mangel an Ressourcen (Unmöglichkeit, die Energierechnungen zu bezahlen, usw.). In Belgien betrug die Quote 5,5% in 2016.

Betrachtet man endlich die Haushalte mit sehr geringer Arbeitsintensität, stellt man fest, dass letztes Jahr 10,5% der Bevölkerung der EU zwischen 0 und 59 Jahren in Haushalten lebten, wo die Erwachsenen weniger als 20% ihres Arbeitspotentials im Laufe des vorher abgelaufenen Jahres verwendet hatten. In diesem Rahmen steht Belgien als schlechter Schüler da, mit einer Quote über dem europäischen Durchschnitt von 14,6% von Personen, die in einem Haushalt mit sehr geringer Arbeitsintensität lebten.

Bezüglich dem verfügbaren Bruttoeinkommen zeigen die Projektionen von Eurostat, dass die jährliche Risikoschwelle geldlicher Armut sich für einen alleinstehenden Erwachsenen auf 13.377 € in 2016 belief (gegen 10.791 € in 2008), was 1.115 € pro Monat gleichkommt² und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren auf 28.092 € (gegen 22.661 € in 2008), also 2.141 € pro Monat.

Diese Schlussfolgerungen basieren auf der Berechnung des vergleichbaren jährlichen medianen nationalen verfügbaren Einkommens³, nämlich 22.295 € in 2016 gegen 17.985 € in 2008. Sieht man diese statistischen Daten, kann man also sagen, dass jeder fünfte Belgier am Rande der Armut lebt, oder auch, dass die 2,335 Millionen Belgier von Armut oder sozialem Ausschluss bedroht sind, was mehr als die Gesamtheit der Provinzen Lüttich und Flämisch Brabant darstellt. Wenn auch diese Zahlen die Regierung Michel erröten lassen müssten, so scheint die Regierung die Vogel-Strauß-Politik zu betreiben, sieht man ihre aktuelle Politik. Neues Beispiel die Maßnahme auf Ebene der Teilzeitarbeitnehmer⁴, die eine Einkommensgarantieunterstützung erhalten⁵ (EGU). Denn im Sommer 2017 hat die Regierung angekündigt, die Teilzeitarbeitnehmer mit EGU stärker zur Verantwortung zu ziehen. Sie werden in Zukunft viel strengeren und systematischeren Kontrollen unterworfen. Die Frage ist hier inwieweit eine Sanktion dem Arbeitnehmer eine zusätzliche Garantie gibt, mehr Stunden zu erhalten.

Im Sommer 2017 hat die Regierung angekündigt, die Teilzeitarbeitnehmer mit EGU stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Die FGTB erinnert daran, dass die Frauen in der Kategorie der Teilzeit überrepräsentiert sind und dass sie oft nicht die Wahl haben, das heißt, dass diese Teilzeit ihnen aufgezwungen wird durch die Arbeitgeber oder den Sektoren, wo dies Gesetz ist. Der Arbeitgeber, der dem Teilzeitarbeitnehmer mit EGU nicht unbedingt mehr Stunden gibt, obschon er es in manchen Fällen könnte. Diese Entscheidung wird in Zukunft dem Arbeitgeber Geld kosten, denn er wird einen Beitrag zur Verantwortung von 25 Euro pro Monat bezahlen müssen. Geringe Strafe im Verhältnis zu den Arbeitnehmern, deren EGU unterbrochen oder gestrichen werden könnte, da sie zu wenig geleistete Stunden vorweisen, obschon das Unternehmen darüber verfügt.

Die EGU erlaubt den Teilzeitarbeitnehmern, die in ihren Genuss kommen, kein Leben in Saus und Braus, sondern nur das fehlende Einkommen aufzufüllen im Verhältnis der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung. Denn jeder Arbeitslose, der eine Teilzeitarbeit wieder aufnimmt, kann unter gewissen Bedingungen zusätzlich zu seiner Entlohnung eine Unterstützung zu Lasten des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung (L.f.A.) ONEM erhalten.

Diese Unterstützung, die sogenannte Einkommensgarantieunterstützung (EGU), zielt darauf ab, Ihnen ein globales Einkommen zu garantieren (Entlohnung + Unterstützung), das:

- mindestens gleich der Arbeitslosenunterstützung ist, wenn die Teilzeit 1/3 Zeit nicht überschreitet;
- höher als die Arbeitslosenunterstützung ist, wenn Ihre Teilzeitbeschäftigung 1/3 überschreitet. Je höher die Arbeitsstunden sind, umso höher wird also der Unterschied sein.

Die EGU erlaubt also den Leuten, die zurück auf den Arbeitsmarkt wollen, aber nur die Möglichkeit haben, eine Teilzeitarbeit zu ergattern, ein Einkommen zu erhalten, das mindestens gleich der Arbeitslosenunterstützung ist. Trotzdem bleiben sie in einer prekären Situation und vergrößern noch den Teil der armen Arbeitnehmer.

Der Teilzeitarbeitnehmer hat Vorrang wenn im Unternehmen eine Vollzeitarbeitsstelle verfügbar ist oder bei einer anderen Teilzeitstelle, die vereinbar wäre mit seinen Arbeitsstunden. Dieses muss der Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber spezifizieren. Wurde diese Erklärung einmal abgegeben ist der Arbeitgeber verpflichtet, ihm jeden freien Arbeitsplatz der seiner Anfrage entspricht mitzuteilen. Zur Erinnerung, das KAA 35 gibt das Recht auf Vorrang für Vollzeitarbeitsstellen. "Das KAA 35 vom 27. Februar 1981 gibt an, dass ein Arbeitnehmer, der teilzeitig beschäftigt ist, Vorrang hat für einen freiwerdenden vollzeitigen Arbeitsplatz insofern er die geforderten Qualifikationen vorweist und den angebotenen Stundenplan annimmt. Dazu muss der Arbeitnehmer den Arbeitgeber darüber informieren, dass er Interesse hat an einem vollzeitigen Arbeitsplatz."

Leider machen zahlreiche Arbeitgeber das nicht und bevorzugen es, ihre Arbeitnehmer in verkürzten Arbeitszeiten zu halten. Denn in zahlreichen Sektoren oder Unternehmen bevorzugen die Arbeitgeber es, Teilzeit einzustellen, um eine bessere Flexibilität ihrer Arbeitnehmer zu gewährleisten. Dies erlaubt es ihnen auch, zahlreichere Mitarbeiter zu haben und also die Effektiven stärker drehen zu lassen anstatt Leute mit Vollzeit einzustellen, denen sie mehr Rechte einräumen müssten. Das prekäre Statut der Teilzeit erlaubt dem Arbeitgeber auch mehr Druck auf seine Arbeitnehmer, denn ihre Rechte sind geringer und ihr Ersatz im Falle von Forderungen einfacher. Diese Arbeitnehmer sind oft in die Klasse der armen Arbeitnehmer abgedrängt, und dies selbst, wenn sie eine Einkommensgarantieunterstützung erhalten.

In Punkt 2.3 des KAA 35 kann man nachlesen: "Um Anrecht auf eine EGU zu haben, muss der Teilzeitarbeitnehmer:

- als Arbeitsuchender für Vollzeit eingeschrieben sein und bleiben, und verfügbar für eine Vollzeitarbeitsstelle sein und bleiben,
- den Arbeitgeber fragen, eine Vollzeitarbeitsstelle zu erhalten, die im Unternehmen frei würde,
- den Arbeitgeber auffordern, den Arbeitsvertrag anzupassen, wenn er / sie regelmäßig mehr Stunden leisten muss als im Arbeitsvertrag vorgesehen sind."

Die EGU erlaubt also den Leuten, die auf den Arbeitsmarkt zurückwollen, aber nur eine Teilzeitarbeit ergattern können, ein Einkommen zu erhalten, das mindestens der Arbeitslosenentschädigung entspricht.

Schlussfolgerungen

Ein weiteres Mal greift die Regierung MR - N-VA die am schlechtesten Gestellten in unserer Gesellschaft an, während sie den Arbeitgebern, dem Kapital, nur einen kleinen Klaps auf die Finger gibt, wenn sie ihre Verpflichtungen nicht respektieren.

Denn ein Teilzeitarbeitnehmer mit EGU läuft Gefahr, seinen Einkommenszusatz zu verlieren, wenn er nicht mehr Stunden in seinem Unternehmen erhält, obschon dieses welche zur Verfügung hat, aber der Arbeitgeber, der sie diesem Teilzeitarbeitnehmer nicht geben wird und es bevorzugt, einen weiteren Teilzeitarbeitnehmer einzustellen, wird nur eine kleine finanzielle Geldstrafe vom Staat erhalten. Es ist also legitim, sich Fragen zu stellen über die Richtigkeit dieser neuen Maßnahme, die sich für zahlreiche Arbeitnehmer nicht günstig auswirken wird, die schlussendlich nicht in den Genuss eines vollzeitigen Stundenplans kommen, aber das verlieren, was der Staat ihnen zum Überleben gibt.

Die Regierung öffnet erneut eine Türe für die Erhöhung der Anzahl armer Arbeitnehmer und hauptsächlich der armen Arbeitnehmerinnen.

Die Regierung öffnet erneut die Türe für die Erhöhung der Anzahl armer Arbeitnehmer und hauptsächlich der armen Arbeitnehmerinnen, die in der Mehrzahl der Fälle nicht um verkürzte oder geteilte Stundenpläne gebeten haben, die ihnen durch den Sektor, in dem sie arbeiten, oder durch ihren Arbeitgeber aufgezwungen wurden. Wenn es in Belgien heute 10,4% Haushalte gibt die ein Armutsrisiko wegen schwacher Arbeitsintensität laufen, könnte diese Zahl sich in der Zukunft als Folge dieser Maßnahme noch verschlimmern. In diesem Zusammenhang könnte das Armutsrisiko in Belgien von 20,7% in 2006 wieder steigen wegen der Streichung der Einkommensgarantieunterstützung, die zahlreichen

Teilzeitarbeitnehmern gewährt wird. Wenn man bedenkt, dass es sich hauptsächlich um Frauen handelt und dass das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden am höchsten ist (41,4%), kann man nur das Schlimmste befürchten.

Dieses Gesetz, das angeblich die Arbeitnehmer schützt, ist in Wirklichkeit nur eine Rauchwolke, die das Problem der Vervielfältigung der Teilzeitverträge nicht löst. Wie man sieht könnten die Teilzeitarbeitnehmer mit EGU diesen Einkommenszusatz morgen verlieren, sieht man die neuen Normen der Regierung, die sich hauptsächlich bemühen, die Arbeitnehmer zu kontrollieren und die Arbeitgeber nur leicht sanktionieren, wenn sie sich weigern, würdige Arbeitsplätze zu gewähren. Wir finden uns wieder einmal in einer Angleichung nach unten in unserer Gesellschaft, in der man Jagd auf den Sozialbetrug macht, der dem Staat nur sehr wenig einbringt, während die Steuerhinterziehung heute die Höchstgrenze der Schändlichkeit überschreitet.

Fußnoten

¹ Sozialtransfers sind die sozialen Hilfen, die durch zentrale, lokale oder föderierte Einheiten gewährt werden. Es handelt sich also um: die Altersrenten (Ruhestand) oder Überlebensrenten (Witwer und Witwen); die Arbeitslosenunterstützung; die Familienbeihilfen; Kranken- und Invalidenbeihilfen; Leistungen in Verbindung mit der Erziehung; Leistungen in Verbindung mit der Wohnung; die Sozialassistenten und andere verschiedene Leistungen.

² <http://statbel.fgov.be/fr/statistiques/chiffres/travailvie/eu-silc/pauvrete/>

³ Die Armutsschwelle ist festgelegt auf 60% des verfügbaren gleichwertigen medianen Einkommens nach Sozialtransfers. Das gleichwertige mediane Einkommen wird berechnet, indem die Einkommen des Haushalts durch seine Größe geteilt werden und wie folgt gewichtet: 1,0 für den ersten Erwachsenen, 0,5 für die anderen Mitglieder des Haushalts über 14 Jahre und 0,3 für jedes Mitglied des Haushalts unter 14 Jahre.

⁴ Der Teilzeitarbeitnehmer ist definiert als ein Arbeitnehmer, dessen normale Arbeitsdauer, berechnet auf wöchentlicher Basis oder im Durchschnitt über eine Referenzperiode, niedriger ist als die eines Vollzeitarbeitnehmers in einer vergleichbaren Situation. Definition der Allgemeinen Direktion individuelle Arbeitsbeziehungen. FÖD Beschäftigung.

⁵ Eine Einkommensgarantieunterstützung ist eine Unterstützung zu Lasten des L.f.A, zusätzlich zu der Entlohnung für die Person, die die Arbeitslosigkeit verlässt um teilzeitig zu arbeiten.